



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	A13 Neue Fassung
ANTRAGSTELLER	OV Rheinhausen-Mitte
ADRESSAT	SPD Bundestagsfraktion, SPD Bundespartei, SPD-Europaabgeordnete
BETREFF	Besteuerung industrieller Roboter und „künstlicher Intelligenzen“

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2
3 Neben der Besteuerung von Einkommen aus Arbeit, Kapitalerträgen und Vermögen ist
4 auch eine Besteuerung von „intelligenten“ Produktionsmitteln (Roboter und „künstliche
5 Intelligenzen) einzuführen.

6
7 Begründung:

8
9 Im Zeitalter der Digitalisierung durchdringt die Technik Wirtschaft und Gesellschaft in
10 einem bisher ungeahnten Ausmaß. Selbstverständlich benutzen wir Bildschirme,
11 Smartphones und Computer ganz so, wie sich noch gar nicht so entfernte Vorfahren mit
12 Haus- und Nutztieren umgeben haben, die ihnen das Überleben leichter machten. Doch
13 allzu gerne wird verdrängt, wie all diese neuen Geräte hergestellt werden: Abgesehen
14 von Aspekten des Umweltschutzes und der sozialen Absicherung bei der Gewinnung der
15 Ressourcen für all diese Produkte sind es zunehmend „intelligent“ agierende,
16 teilautonome Systeme, die jene „smarten“ Produkte für uns anfertigen.

17
18 Alle technischen Entwicklungssprünge seit Beginn der Industriellen Revolution haben auf
19 der einen Seite die Produktivität der Unternehmen gesteigert und auf der anderen Seite
20 menschliche Arbeitskraft freigesetzt. Die durch die Digitalisierung noch weiter
21 voranschreitende Ausdifferenzierung der Arbeitswelt hat bis heute dazu geführt, dass der
22 Mensch als treibender Faktor in immer mehr Arbeitsfeldern im Vergleich mit
23 spezialisierten Maschinen überflüssig wird – entweder, weil er zu kostenintensiv wäre
24 oder die Arbeit in dieser Form gar nicht verrichten könnte. Während in der Vergangenheit
25 solche Entwicklungssprünge letztlich trotzdem dazu geführt haben, dass immer mehr
26 Menschen und oftmals auch in besseren Berufen arbeiten konnten, ist solches künftig
27 nicht mehr zu erwarten. Die ungeheure Geschwindigkeit, in der die Digitalisierung die
28 Wirtschaft verändert, wird keine Zeit mehr für entsprechende Anpassungen der
29 Arbeitnehmer lassen. Alle auf der Marktwirtschaft basierenden Gesellschaften werden
30 somit vor die virulente Frage gestellt, wie auf Lohnarbeit basierende Sozialsysteme
31 angesichts dessen weiter finanziert bzw. erhalten werden können.

32
33 Es gilt, die alte und bisher leider nie durchgesetzte Forderung nach einer
34 Maschinensteuer neu zu beleben und auf die aktuellen Entwicklungen hin anzupassen.
35 Vor allem eine Abschöpfung an der Quelle, nämlich eine konsequente Besteuerung von
36 „intelligenten Maschinen“ oder entsprechend sich verhaltenden virtuellen Entitäten wird
37 nötig sein, um den zu erwartenden Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt zu begegnen
38 und die sozialen Sicherungssysteme lebensfähig zu erhalten.

39

40 Vorgeschlagen wird in diesem Sinne, eine Klassifizierung von (semi-)autonomen
41 Einheiten vorzunehmen. Hier wäre z.B. zu klären, ob ein selbstfahrender Bus oder LKW
42 schon dazu gerechnet werden müsste, während dies für einen Roboter der Ära „Industrie
43 4.0“ ganz sicher zuträfe. Auf der Basis einer derart zu erarbeitenden Skala sollte eine
44 Maschine, je mehr sie als „intelligent“ eingeordnet wird, um so stärker besteuert werden.
45 Denn die Wertschöpfung, die sie erbringt, ersetzt menschliches Denken und Handeln.
46 Wenn sie menschliche Arbeit ersetzt, muss sie auch besteuert werden! Es ist
47 schlichtweg nicht mehr einzusehen und hinnehmbar, dass die Lohnarbeit des Menschen
48 zum Wohl der Allgemeinheit besteuert wird, die des „Kollegen Roboter“ aber nicht.

49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	A 14
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	UB Parteitag
BETREFF	„Hartz IV“ Reformen jetzt! – Das Trauma der Sozialdemokratie überwinden

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
2
3

4 Die Duisburger SPD setzt sich auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass das
5 Arbeitslosengeld II reformiert wird. Die ausgezahlten Leistungen müssen sich künftig
6 wieder nach dem vorher erzielten Erwerbseinkommen orientieren, wobei das
7 Mindestniveau deutlich über dem aktuellen Arbeitslosengeld II Satz liegen muss.
8 Sanktionen sind für alle Altersgruppen ersatzlos zu streichen. Das zu Erwerbszeiten
9 erzielte Vermögen muss nicht mehr vor dem Bezug des Arbeitslosengeld II aufgebraucht
10 werden und wird vom Staat als Lebensleistung anerkannt.
11

12 **Begründung:**

13 Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II, hat
14 zu einem Bruch zwischen unserer Wählerschaft und der SPD geführt. Abstiegsängste
15 sind tief in die Mittelschicht eingedrungen, da jede*r Arbeitnehmer*in befürchten muss,
16 nach nur einem Bezugsjahr von Arbeitslosengeld I im „Hartz IV“ System zu landen. Dies
17 empfinden viele Arbeitnehmer*innen als ungerecht und ist in Zeiten sprudelnder
18 Steuereinnahmen niemandem mehr zu vermitteln.
19
20

21 Ein willkürliches Sanktionsregime sorgt dafür, dass jede vom Jobcenter vorgeschlagene
22 Maßnahme und schlecht bezahlte befristete Arbeit von den Erwerbslosen anzunehmen
23 ist, da sonst eine Reduzierung der ohnehin viel zu niedrigen Leistung droht. Die daraus
24 resultierenden Abstiegsängste haben den Nährboden für Populisten bereitet und zu
25 schlechten Wahlergebnissen der SPD geführt. Die SPD muss als Partei der
26 Arbeitnehmer*innen diesen Missstand beenden und sich für Reformen einsetzen.
27 Erwerbslose sind keine Bürger*innen zweiter Klasse und benötigen einen gerechten und
28 lebenssichernden Sozialstaat an ihrer Seite um wieder mit Zuversicht in die Zukunft
29 schauen zu können.
30

31
32
33
34
35
36
37
38 Angenommen:

39 Abgelehnt:

40 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	Ä 1 zu R1
ANTRAGSTELLER	OV Rheinhausen-Mitte
ADRESSAT	UB Parteitag
BETREFF	Schluss mit dem Kurs der Mitte – Wir brauchen eine inhaltliche Erneuerung

1
2 Überweisung des Antrages/der Resolution R1 des OV Rumeln-Kaldenhausen an die
3 UB-Kommission „Erneuerung und Zukunftsfähigkeit“ zu inhaltlichen Fragen (siehe O2)
4

5 **Begründung:**

6
7 Während es grundsätzlich zu begrüßen ist, dass sich ein OV Gedanken zur dringend
8 notwendigen inhaltlichen Erneuerung der Partei macht und mit o.g. Antrag einen Impuls
9 für die entsprechende Diskussion setzen möchte, wäre es aus unserer Sicht falsch, dies
10 im Rahmen eines Parteitages zu behandeln, der sich zum Ziel gesetzt hat, strukturelle
11 und organisatorische Veränderungen vorzunehmen. Um die Debatte einer inhaltlichen
12 Erneuerung in der angemessenen Tiefe und Ernsthaftigkeit führen zu können, bedarf es
13 einerseits einer strukturierten Vorbereitung und andererseits eines Rahmens, der hierfür
14 ausreichenden (Zeit)Raum schafft. Zur entsprechenden Vorbereitung soll die o.g.
15 Kommission ins Leben gerufen werden, deren Arbeit nicht durch allgemein-theoretische
16 Diskussionen und schon gar nicht einer inhaltlichen Vorfestlegung vorgegriffen werden
17 sollte. Die Kommission mag dann über die weitere Behandlung des Antrages/der
18 Resolution R1 entscheiden.
19

20 Ebenso begründen wir diesen Antrag mit inhaltlichen Bedenken. Ohne den Anspruch auf
21 Vollständigkeit zu erheben, werden im Folgenden einige Argumente angeführt, die
22 sowohl in Bezug auf Analyse, als auch Schlussfolgerungen in weiten Teilen zu anderen
23 Position führen:
24

25 Wenn hier das Zitat der ehemaligen Juso-Vorsitzenden gewissermaßen als
26 Initialzündung für die Neuausrichtung der Partei in den Vordergrund gestellt wird, dann
27 offenbart dies genau das fundamental falsche Grundverständnis von Politik, welches mit
28 zum Niedergang der SPD geführt hat und weiter beitragen wird: Nämlich dass Politik
29 nicht für, sondern im Zweifel gegen die Menschen im Lande gemacht werden muss.
30 Dass die Politik schon besser weiß, was die Menschen wollen und was für sie richtig ist
31 als diese selbst. Politik hat aber für die Menschen da zu sein, nicht die Menschen für die
32 Politik!
33

34 **Kurs der Mitte**

35
36
37 Analyse und Schlussfolgerungen zum „Kurs der Mitte“ sind im Antrag wenig schlüssig.
38 Es muss in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass die SPD auf
39 Bundesebene ihre letzten großen Wahlerfolge genau diesem Kurs verdankte. Und selbst
40 bei der BT-Wahl 2005, also bereits nach der Verabschiedung der Agenda 2010, die ja als
41 „Sündenbock“ für spätere Wahniederlagen und fallende Umfragewerte der SPD

42 ausgemacht wurde, erreichte die SPD noch 34,2 % - ein Ergebnis, von dem sie heute
43 nur noch träumen kann. Insofern müssen offensichtlich andere Gründe für den
44 dramatischen Absturz in Prognosen und Wahlergebnissen verantwortlich sein.

45
46 Der naheliegende Zusammenhang zwischen den Bundestagswahlergebnissen von 2005
47 (34,2 %) und 2009 (23 %) ist wohl in der 1. Großen Koalition zu suchen, die die SPD
48 damals mit der CDU einging. Schon damals ist es Angela Merkel gelungen, die SPD
49 dabei „an die Wand zu drücken“. Dass die Partei insbesondere auch im Hinblick auf ihre
50 Haltung zur Agenda 2010 kein gutes Bild abgegeben hat, tat dazu ein Übriges (siehe
51 auch unten). Unentschlossenheit und Zerrissenheit kommen bei den Menschen im
52 Lande traditionell nicht gut an. Dass es der CDU unter Merkel sukzessive gelungen ist,
53 Themenfelder der SPD zu besetzen und politische Erfolge weitgehend für sich zu
54 verbuchen, hat die SPD weiterhin „im Keller“ verharren lassen. Diese Erfahrungen aus
55 zwei Großen Koalitionen sind ja auch für viele Parteimitglieder heute der Grund, einer
56 weiteren Koalition mit der CDU ablehnend gegenüberzustehen.

57
58 Ein weiterer Grund für den Niedergang besteht darin, dass es der SPD in den letzten 10
59 Jahren nicht gelungen ist, Themen zu besetzen, die für das stehen, was der aktuelle
60 Juso-Bundesvorsitzende richtigerweise als das Zusammengehen von Fortschritt und
61 Gerechtigkeit beschrieben hat. Das „Gerechtigkeit“ das Leitthema der Sozialdemokratie
62 ist, steht außer Frage, aber es muss eben noch etwas hinzukommen, was die Menschen
63 bewegt bzw. emotionalisiert. Das fehlt hingegen seit langem bei der SPD völlig. Und
64 auch beim Thema „Gerechtigkeit“ muss man sich die Frage stellen, ob die SPD hier
65 bislang die richtigen Schwerpunkte gesetzt hat (dazu siehe auch unten).

66
67 Schlagworte wie „Kurs der Mitte“ und „stärkere Linksorientierung“ taugen heute weder
68 zur eigenen Standortbestimmung, noch zur Vermittlung einer klaren Haltung gegenüber
69 der Wählerschaft. Wer vermag angesichts kaum noch wahrnehmbarer Unterschiede
70 zwischen den Volksparteien, dem Niedergang vertrauter Milieus und der
71 vorherrschenden „Political Correctness“ noch verlässlich darüber zu urteilen, wo sich die
72 Mitte einer Gesellschaft bewegt, was rechts und was links ist? Lediglich in Abgrenzung
73 zur AfD besteht offenbar noch Einigkeit darüber, was rechts ist – ansonsten wird es eher
74 schwierig...

75
76 Problematisch für die eigene Standortbestimmung erscheint ebenfalls der Blick zu
77 unseren europäischen Nachbarn bzw. zur dortigen Sozialdemokratie. Unabhängig
78 davon, dass die teils deutlichen Unterschiede in Bezug auf historische
79 Wurzeln/Erfahrungen und politische wie gesellschaftliche Strukturen eine echte
80 Vergleichbarkeit kaum ermöglichen, so kann der dramatische Niedergang der Sozialisten
81 und sozialdemokratischen Parteien, der aktuell in fast allen europäischen Ländern zu
82 beobachten ist, kaum zur Erbauung, sondern eher zur Abschreckung dienen. Die
83 personelle und inhaltliche Erneuerung der deutschen Sozialdemokratie kann nur aus ihr
84 selbst heraus im Bewusstsein ihrer historischen Standhaftigkeit und gesellschaftlichen
85 Bedeutsamkeit erfolgen.

86
87
88 **Kapitalismuskritik**

89
90 Die im Antrag vorgetragene Kapitalismuskritik gelangt über einige leicht marxistisch
91 eingefärbte Floskeln nicht hinaus. Den Antragstellern ist Folgendes entgegen zu halten:
92 Der dem Menschen innewohnenden und offensichtlich unausrottbaren Eigenschaft bei
93 seinem Handeln in der Welt, dem eigenen Nutzen zu dienen, wird das kapitalistische

94 Wirtschaftssystem am ehesten gerecht. Das grandiose Scheitern der sozialistischen
95 Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Staaten des Warschauer Paktes beweist die
96 Richtigkeit dieser Feststellung in überzeugender Weise. Die SPD hat in ihrem
97 Godesberger Programm 1959 diesem Tatbestand Rechnung getragen und sich zur
98 Marktwirtschaft als Ordnungsprinzip allen wirtschaftlichen Handelns bekannt, allerdings
99 mit der Maßgabe, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem durch eine maßgerechte
100 Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung im Sinne des Gemeinwohls einzuhegen und
101 begrenzen sei (Soziale Marktwirtschaft). Die großen Wahlerfolge der SPD in den 60er
102 und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts beweisen die große Zustimmung, die die
103 Partei mit diesem Konzept gefunden hat. Eine programmatische Abkehr von dieser
104 gesellschaftspolitischen Grundeinstellung würde den weiteren Abstieg der Partei
105 bedeuten, zumal die Grundskepsis gegenüber dem kapitalistischen System bereits
106 politisch organisiert und in den Parlamenten vertreten ist (Die LINKE).

107
108 Die Ursache des Niedergangs der SPD liegt also nicht in der Anerkennung der sozialen
109 Marktwirtschaft, sondern in der mangelnden Kraft und dem mangelnden Willen, diesem
110 Prinzip Geltung zu verschaffen und es gegen die neoliberalen Tendenzen unserer Zeit
111 durchzusetzen. Der Umgang der Partei mit der sogenannten Agenda 2010 beweist die
112 Richtigkeit dieser These. Die Agenda 2010 war der Versuch der Regierung Schröder,
113 den sich rapide verändernden Bedingungen der weltweiten Produktion von Gütern und
114 Dienstleistungen (Globalisierung, Automatisierung) gerecht zu werden und die nationale
115 Volkswirtschaft einschließlich des sozialpolitischen und finanzpolitischen Bereichs
116 sachgemäß anzupassen. Was ist nun passiert? Während die Agenda von den meisten
117 Professoren der ökonomischen Wissenschaft als richtige Maßnahme weitgehend
118 anerkannt wurde, ja sogar auch viel Lob aus dem Ausland erfahren hat, hat sich die SPD
119 nach Schröder nie eindeutig zu ihrem Regierungshandeln bekannt. Statt zu ihrer
120 Handlungsweise zu stehen und die inzwischen erkennbar gewordenen
121 Fehlentwicklungen vor allem auf dem Arbeitsmarkt freimütig beim Namen zu nennen und
122 energisch zu bekämpfen, hat sie sich in zwei Legislaturperioden mit halben Maßnahmen
123 zufrieden gegeben. Dem skandalösen Umgang vieler Unternehmer mit der Möglichkeit,
124 befristete Arbeitsverträge abzuschließen (Kettenverträge) ist auch in der neuen
125 Koalitionsvereinbarung kein Riegel vorgeschoben worden. Die immer weiter auseinander
126 klaffende „Schere“ zwischen Arm und Reich, eine hemmungslose
127 Selbstbedienungsmentalität in Top-Managements, eine Nullzins-Politik mit
128 enteignungsähnlichen Folgen für „kleine Sparer“ und vieles mehr sind Folgen eines
129 politischen „Laissez-Faire“ , bei dem notwendige Regulierungen nur noch bei den
130 einfachen Bürgerinnen und Bürgern , aber nicht mehr bei den großen Konzernen,
131 Banken u.a. angeblich systemrelevanten Einrichtungen vorgenommen bzw. durchgesetzt
132 werden.

133
134 Die SPD täte gut daran, nicht in klassenkämpferische Rhetorik zu verfallen und einen
135 unrealen Systemwandel zu verfolgen, sondern sich auf die ursprünglichen Grundsätze des
136 Konzeptes „Soziale Marktwirtschaft“ zu besinnen und endlich wieder konsequent die
137 Eindämmung neoliberaler Auswüchse einzufordern. Es gilt dabei vor allem, Wege zu
138 finden, die Besteuerung von Arbeit und Kapital in ein Gleichgewicht zu bringen, das
139 einen wirklichen sozialen Ausgleich herbeiführt und die Kluft zwischen Arm und Reich
140 zumindest verkleinert.

141
142

Inhaltliche Ausrichtung

Die SPD bedarf mit Blick auf ihr Kernthema „Soziale Gerechtigkeit“ weniger einer Neuausrichtung, als vielmehr einer Rückbesinnung und Profilschärfung. Ebenso muss man sich jedoch einem anderen Problem stellen, welches aus unserer Sicht mindestens ebenso für den desolaten Zustand der Partei verantwortlich ist. Nach dem Eindruck vieler Menschen hat sich die SPD auf vielen Ebenen von denjenigen entfernt, die sie zu vertreten vorgibt und die sie wählen sollen. Was uns die Menschen an den Infoständen, in den Kneipen, in den Vereinen und wo auch immer sagen, findet sich leider nur in sehr geringem Maße in unseren Programmen und erst recht im politischen Handeln zahlreicher Funktionsträger wieder. Und das, was die Menschen – und es sind genau die „kleinen Leute“, die immer SPD gewählt haben und mittlerweile von der Partei enttäuscht sind - sagen, ist in der Tat oft meist nicht gerade das, was wir hören wollen oder was unserer politischen Agenda entspricht. Aber wenn die SPD wirklich Politik für diese Menschen machen bzw. vorher von diesen gewählt werden möchte, sollte sie die Sorgen, Nöte und Bedürfnisse dieser Menschen wieder ernst nehmen und sich bemühen, dafür politische Lösungsansätze zu entwickeln! Weder die Köpfe, noch die Herzen der Menschen erreicht man mehr mit Parteiprogrammen, Sonntagsreden, gegenseitigen Schuldzuweisungen und ideologischen Phrasen – die Menschen sehnen sich nach einer Politik der Wahrhaftigkeit (Glaubwürdigkeit) und Verlässlichkeit, nach einer Politik, die ihre Probleme nicht abtut, sondern klar beim Namen nennt und ebenso sachgerechte, wie vernünftige Lösungen erarbeitet.

Der gravierendste Mangel an politischer Glaubwürdigkeit ist dann erkennbar, wenn man vorgibt, die wahren Sorgen und Probleme der Menschen zu kennen, doch programmatisch und realpolitisch – so wie bei den Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen geschehen – Themen in den Vordergrund stellt, die parteiideologisch wichtig sein mögen, jedoch aus Sicht einer großen Bevölkerungsmehrheit an deren Problemen vorbeigeht. Dies betrifft insbesondere Politikfelder, in denen die Wahrnehmung großer Bevölkerungsteile und sozialdemokratische Programmatik immer weiter auseinanderdriften. Dies sind – um es deutlich auf den Punkt zu bringen – derzeit insbesondere die Themen „Einwanderungs-/Integrationspolitik“ und „Innere Sicherheit“.

Die SPD hat das Thema „Innere Sicherheit“ zu lange der Union überlassen. Auch wenn es fraglos nicht zu den Lieblingsthemen sozialdemokratischer Politik gehört, so kann nicht unbemerkt geblieben bleiben, wie sehr dieses Thema vielen Menschen „auf den Nägeln“ brennt. In Gesprächen helfen meist auch Hinweise auf Statistiken bzw. der oftmals in Anspruch genommene Vergleich zwischen objektiver Sicherheit und subjektivem Sicherheitsempfinden nicht weiter; vielmehr verstärken solche Hinweise das Gefühl bei den Betroffenen, nicht ernst genommen zu werden. Hinzu kommt, dass bei vielen Menschen nicht nur das subjektive Sicherheitsempfinden empfindlich gestört ist, sondern auch das Vertrauen in den Rechtsstaat. Es hat sich bei vielen Menschen der Eindruck verstärkt, dass das Rechtsstaatsprinzip – welches zweifellos ein Grundpfeiler unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist – nicht mehr durchgängig „greift“; zum einen, weil Ordnungsbehörden, Polizei und Justiz das Personal fehlt, ihm entsprechend Geltung zu verschaffen, und zum anderen, weil es Personenkreise zu geben scheint, die - das Vollzugsdefizit zusätzlich nutzend - über entsprechende Macht und Mittel verfügen, sich weitgehend unbehelligt außerhalb geltenden Rechts bewegen zu können (Steuerhinterzieher, kriminelle Großclans etc.).

194 Das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat mit entsprechender Gesetzgebung und
195 Bereitstellung angemessener Ressourcen in Justiz, Polizei und Ordnungsbehörden zu
196 stärken bzw. wieder herzustellen, ist für die Stabilität und den inneren Frieden unserer
197 Gesellschaft von immenser Bedeutung.

198
199 Eine weitere Hauptursache für den Glaubwürdigkeits- und Vertrauensverlust ist der
200 Umgang mit der massiven Zuwanderung seit 2015. Bis heute besteht weder
201 nachvollziehbare Klarheit darüber, auf welcher Rechtsbasis sich diese vollzogen hat
202 (zumindest wohl nicht auf der Basis von Art 13 a GG und Dublin II), noch warum unsere
203 Außengrenzen nicht vor unkontrollierter Zuwanderung geschützt werden können, noch
204 warum Menschen, denen wir zu Recht Zuflucht gewähren, hier auch integriert werden
205 müssen. Wir können an den Infoständen jedenfalls nicht die Frage beantworten, warum
206 gigantische Integrationsbemühungen ins Werk gesetzt werden sollen, wenn doch eines
207 Tages der Fluchtgrund nicht mehr gegeben ist und die Menschen in ihre Heimat
208 zurückkehren könnten. Wenn Flüchtlingshilfe faktisch bedeutet, dass alle Geflüchteten
209 letztlich im Lande bleiben und sukzessive auch ihre Familien nachholen, dann dürfte
210 perspektivisch von einer Zuwanderung ausgegangen werden müssen, die jede
211 Vorstellungskraft sprengt. Dass global gesehen zudem mehrere Milliarden Menschen
212 ebenfalls genügend Anlass hätten, sich auf der Suche nach einem besseren Leben
213 Richtung Europa zu bewegen, wirft ein noch schärferes Licht auf das ganze Ausmaß
214 dieser Problematik und verdeutlicht die dringende Notwendigkeit für eine Neuausrichtung
215 der Entwicklungshilfepolitik einerseits und ein Zuwanderungsgesetz andererseits.

216
217
218 Auch in den klassischen „Kompetenzfelder“ der Sozialdemokratie, die sich unter dem
219 Begriff „Soziale Gerechtigkeit“ subsumieren lassen, wäre es notwendig, sich von
220 „faulen Kompromissen“ zu verabschieden und „klare Kante zu zeigen“, mithin sich auf die
221 historische Rolle als Vorkämpferin eben dieser soziale Gerechtigkeit zurück zu besinnen
222 und das Profil bei den entsprechenden Themen deutlich zu schärfen.

223
224 Natürlich ist unbestritten, dass es der SPD auch in den Großen Koalitionen der letzten
225 Jahre gelungen ist, wichtige sozialpolitische Weichenstellungen - z.B. mit der Einführung
226 des Mindestlohnes – vorzunehmen und auch in jüngster Zeit bemerkenswerte Ansätze
227 zur Eindämmung von Befristungen und Leiharbeit erkennbar sind, so bleibt doch
228 festzustellen, dass der Mut, bei den wirklich „großen“, die Menschen am meisten
229 bewegenden Themen tatsächlich diese „klare Kante zu zeigen“, bislang fehlte.

230
231 Dazu zählen in jedem Fall:

232
233 1. Rente
234
235 Auch die regelmäßigen Rentenerhöhungen der letzten Jahre können nicht darüber
236 hinwegtäuschen, dass das kontinuierlich abgesenkte Rentenniveau im Verbund mit
237 paralleler Rentenbesteuerung für künftige Rentner-Generationen bereits heute
238 Schlimmes erwarten lässt. Hinzu kommt, dass aufgrund der anhaltenden
239 Niedrigzinspolitik auch die private Vorsorge nicht die nötige bzw. erwartete
240 Kompensation zu leisten imstande sein wird. Es wurde jüngst bereits dringlich darauf
241 hingewiesen, dass in keinem europäischen Land das Risiko der Altersarmut höher läge
242 als in der Bundesrepublik.

243
244 Den arbeitenden und Steuern zahlenden Menschen im Lande zuzumuten, länger
245 arbeiten zu müssen und am Ende weniger im Portemonnaie zu haben, wobei zeitgleich

246 mit Steuergeldern über den EU-Haushalt, „Rettungsschirme“ etc. Staaten unterstützt
247 werden, in denen ähnliche Reformen wie hier bislang unterblieben sind, kann nicht
248 ernsthaft Anspruch und Inhalt einer sozial gerechten, sozialdemokratischen Politik sein.
249

250 Nicht erst der letzten SPD-geführten Regierung war deutlich bewusst, dass eine
251 Beibehaltung des Rentensystems in Form des „Generationenvertrages“ langfristig zu
252 Verwerfungen führen würde. Erstmals wurde dies zumindest offen „kommuniziert“ und
253 als 2. Säule die private Altersvorsorge gefördert und aufgebaut. Auch in Zeiten breiter
254 politischer Mehrheiten in den Großen Koalitionen wurden keine nachhaltigen
255 Veränderungen am System vorgenommen, obwohl seit Jahren klar gewesen sein dürfte,
256 dass diese staatlich geförderte, private Vorsorge angesichts der anhaltenden
257 Niedrigzinspolitik ihren Zweck nicht mehr würde erfüllen können. Um für künftige
258 Rentner-Generationen massive Einbußen und Verwerfungen zu vermeiden, müsste
259 gerade von der SPD ein neuer Impuls für eine neue Rentenpolitik ausgehen. Es müsste
260 eine klare Forderung der SPD sein, das Rentenniveau auf mindestens 50 % anzuheben
261 und dies als nicht zu verändernde Untergrenze festzulegen. Da die dem bestehenden
262 System unter den geltenden Rahmenbedingungen (demographische Entwicklung etc.)
263 innewohnenden Ungerechtigkeiten ohne Ausstieg aus selbigem nicht behoben werden
264 können, ist eine Deckung der zusätzlichen Kosten über den Bundeshaushalt, d.h. über
265 Steuermittel unumgänglich, doch letztlich auch die gerechteste Lösung. Darüber hinaus
266 müssten neue, von der Zinspolitik unabhängige Instrumente der Altersvorsorge
267 entwickelt oder alte wie z.B. die Eigentumsförderung bzw. Eigentumsbildung wie neu
268 belebt werden.
269

270 Ebenso sollte sich die SPD dafür „stark machen“, den Renteneintritt vom Lebensalter zu
271 entkoppeln, sondern stattdessen die Lebensarbeitszeit zum entscheidenden Maßstab zu
272 machen. Wer 45 Jahre gearbeitet hat, sollte unabhängig vom Alter abschlagsfrei in
273 Rente gehen können.
274

275 2. Bezahlbares Wohnen

276
277 Mit der Einführung der „Mietpreisbremse“ wurde sicherlich ein erster wichtiger Schritt zur
278 Eindämmung ungebremster Mietpreissteigerungen unternommen. Dennoch kommen
279 insbesondere bei der Betrachtung prosperierender Ballungsräume Zweifel daran auf,
280 inwieweit dieses Instrument tatsächlich „greift“. Dies wirft auch grundsätzlich die Frage
281 auf, ob es richtig ist, die Wohnungswirtschaft tatsächlich dem „Markt“ zu überlassen, d.h.
282 die Preisentwicklung dem Prinzip von Angebot und Nachfrage zu unterwerfen – zum
283 einen sind die Mieten in einigen Städten des Landes bereits zu einem Armutsrisiko
284 geworden, und zum anderen können sich viele Menschen das Wohnen in diesen Städten
285 nur noch dank staatlicher Transferleistungen leisten. Dabei ist es kaum einzusehen, dass
286 der Steuerzahler über diese Transfers die Gewinne von Vermietern mitfinanziert, denen
287 schließlich auch keine außerordentlichen Gegenleistungen entgegenstehen.
288

289 Neben der „normalen“ Miete sind zudem kontinuierlich die Abgaben und Kosten
290 gestiegen, die die sog. 2. Miete ausmachen. Für viele steigen damit die Kosten für das
291 Wohnen um bis zu mehr als das Doppelte. Auf beiden Ebenen für spürbare Entlastungen
292 zu sorgen, muss stärker als bisher in den Fokus sozialdemokratischer Politik rücken.
293

294
295
296
297
298
299
300
301
302
303
304
305
306
307
308
309
310
311
312
313
314
315
316
317
318
319
320
321
322
323
324
325
326
327
328
329
330
331
332
333
334
335
336
337
338
339
340
341
342
343
344
345

3. Gesundheit/Pflege

Dass die „Zwei-Klassen-Medizin“ im Gesundheits- und Pflegesektor nicht hinnehmbar ist und abgeschafft gehört, ist unbestritten eine Forderung sozialdemokratischer Programmatik. Ob allerdings eine Bürgerversicherung geeignet ist, hier für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, darf bezweifelt werden. Zwar sorgt die Einbeziehung weiterer Gruppen und Einkunftsarten für höhere Einnahmen des Systems, doch bedeutet dies angesichts der herrschenden Rahmenbedingungen sicherlich nicht zwangsläufig auch höhere Effizienz und bessere Leistungen. Zudem bleibt damit nicht ausgeschlossen, dass für Besserverdienende auch weiterhin die Möglichkeit besteht, sich über private Zusatzversicherungen oder direkte Zuzahlungen an den Arzt/das Krankenhaus Vorteil zu verschaffen. Zunächst einmal würde es ausreichen, die deutlich höhere Vergütung der privaten Krankenversicherungen an die Ärzte/Krankenhäuser zu unterbinden, die letztlich Ursache der unterschiedlichen Behandlung ist.

Darüber ist insgesamt zu konstatieren, dass bislang der Mut fehlt, an die eigentlichen Defizite und Probleme im Gesundheitssystem heranzugehen. Das grundsätzliche Problem des Systems besteht doch wohl eher darin, dass Gesundheit zur Ware geworden ist bzw. das System trotz Einbindung in einen gesetzlichen Rahmen mit staatlicher Kontrolle und Verlustausgleich privatwirtschaftlichen Maximen unterworfen ist. So bezahlt die Versichertengemeinschaft die Verwaltungsapparate von über 200 Versicherungsgesellschaften und diversen Kassenärztlichen Vereinigungen, die Rentabilität unzähliger, dem Konkurrenzdenken von Ärzten und Krankenhäuser geschuldete Anschaffung teurer High-Tech-Geräte, die Gewinne von Pharmaindustrie und privaten Krankenhaus- und Pflegeunternehmen etc. etc. Gleichzeitig werden die Hausärzte, die doch eine herausragende Funktion im System einnehmen sollen, budgetiert, und an ausreichendem Pflegepersonal fehlt es an allen Ecken und Enden.

Gewinnmaximierung darf im Gesundheitssystem keine Rolle spielen und Gesundheit keine handelbare Ware sein bzw. vom Geldbeutel des Kranken abhängen. Auch erscheint die Feststellung zutreffend, dass private Unternehmen nicht zwingend besser und effektiver arbeiten als der Staat. Das Gesundheitswesen und die Pflege gehören zurück in öffentliche bzw. staatliche Trägerschaft, und die Anzahl der Krankenkassen gehört deutlich reduziert (hier könnte ein Blick nach Österreich hilfreich sein) oder in eine große staatliche Versicherungsgesellschaft überführt.

Zum Schluss sei angemerkt, dass sich die SPD nicht über Wahlniederlagen, schlechte Umfragewerte und Vertrauensverlust wundern darf, wenn es der Partei nicht gelingt, sich zu einem der größten Skandale der jüngeren Vergangenheit, dem Diesel-Skandal, klar und unmissverständlich zu äußern und sich auf die Seite der Betrogenen zu stellen. Während man VW in den USA zu Recht wegen Betruges sanktioniert und mit Klagen überhäuft, soll hier der Steuerzahler den verursachten Schaden begleichen – und das bei einem jüngst ausgewiesenen Jahresgewinn von über 11 Mrd. €. Wo ist hier die Stimme der sozialen Gerechtigkeit, wo ist hier die SPD?

Zukunftsthemen

Dennoch wird auch eine Profilschärfung bei diesen Themen kaum ausreichen, die SPD wieder nachhaltig mehrheitsfähig zu machen. Gründe dafür sind u.a.

- 346 - dass diese Themen auch von anderen Parteien, insbesondere der „Linken“
347 besetzt werden,
348 - dass in der Zwischenzeit bei den Menschen viel Vertrauen verloren gegangen ist
349 und es eines „langen Atems“ bedürfen wird, dieses wieder herzustellen
350 - dass diese Themen trotz ihrer Virulenz scheinbar in der Breite nicht ausreichend
351 Emotionen freisetzen oder für Aufbruch und Fortschritt stehen.

352
353 Früher war es einmal die SPD, die mit diesen Vokabeln verbunden wurde, die alte
354 Denkmuster aufbrach und Neues wagte. Wer die Köpfe und Herzen der Menschen
355 erreichen möchte, muss aus dem „Korsett“ vorgeblicher Alternativlosigkeit ausbrechen,
356 die überbordende (aber gesetzlich verordnete) Bürokratie eindämmen und Tabus im
357 Denken und der Sprache brechen – und zwar nicht polemisch-populistisch, sondern
358 nüchtern analysierend und auf klare Zukunftsziele hin orientiert.

359
360 Freilich gilt es, diese Ziele zu definieren. Neben den großen sozialen Fragen ist ein
361 Thema für die Zukunft unseres Landes von herausragender Bedeutung: die Bildung. Der
362 Wohlstand der Bundesrepublik basiert in erster Linie auf der Qualität der hierzulande
363 erstellten Produkte, und dahinter stehen Menschen mit entsprechender Kompetenz und
364 Know-How. Um auf den globalen Märkten weiterhin zukunfts- und wettbewerbsfähig zu
365 sein und damit unseren Wohlstand und unsere Sozialsysteme zu sichern, ist eine
366 radikale Umkehr in der Bildungspolitik unabdingbar. Alles deutet darauf hin – und daran
367 können auch geschönte Statistiken nichts ändern -, dass das Bildungsniveau im Lande
368 dramatisch abgesunken ist. Darüber geben letztlich die Rückmeldungen bzw. Hinweise
369 von Ausbildungsbetrieben, Universitäten und kritischen Lehrern wie Eltern allemal
370 deutlicher Auskunft als alle Statistiken und politischen „Sonntagsreden“. Das Thema
371 Bildung bewegt und emotionalisiert zudem in hohem Maße – wer das nicht glaubt, dem
372 sei die Teilnahme an Elternabenden und anderen Veranstaltungen in und um die Schule
373 empfohlen. Es betrifft letztlich nicht nur die Familien, sondern greift weit in die
374 Gesellschaft hinein. Und (fast) jeder fühlt sich bekanntlich aus eigener Betroffenheit oder
375 qua eigener Meinung berufen, hier mitzureden.

376
377 Es ist unbestritten, dass Schule sich nicht allein an ökonomischen Zweckmäßigkeiten
378 orientieren darf. Auch für die ethische und soziale Prägung, für die Entwicklung von
379 Gemeinsinn und Verantwortungsbewusstsein und nicht zuletzt als wesentlicher Schlüssel
380 für die Integration und Inklusion von Menschen ist sie von herausragender Bedeutung.
381 Doch ebenso unbestritten ist, dass Schule all diesen Anforderungen längst nicht mehr
382 genügen kann. Heruntergekommene Gebäude, schlechte Ausstattung nicht zuletzt auch
383 in technischer Hinsicht (WLAN, Computer, Fachräume), akuter Lehrermangel, unzählige
384 Fehlstunden und eine hohe Frustration in Schüler-, Lehrer- und Elternschaft prägen
385 vielfach das Bild von Schule. In der jüngeren Vergangenheit wurden freilich etliche
386 Versuche zur Gegensteuerung unternommen, doch mehr als das „Herumdoktern an
387 Symptomen“ ist dabei kaum herausgekommen. Doch neue Schulmodelle und
388 ideologische Zielvorgaben (z.B. Inklusion) taugen nicht zur Verbesserung des Systems,
389 wenn die eigentlichen Probleme nicht angegangen werden. Die Parameter für ein
390 erfolgreiches Bildungssystem sind spätestens nach „Pisa“ bestens bekannt. Es muss
391 nunmehr gesellschaftlicher Konsens darüber hergestellt werden, dass nachhaltige
392 Verbesserungen nur mit enormen Anstrengungen und Investitionen zu erreichen sein
393 werden. Die damit verbundene Aufgabenstellung ist ebenfalls nicht unbekannt:

- 394
395 - Investitionen in Gebäude und Ausstattung
396 - deutliche Aufstockung des Lehrpersonals und kleinere Klassen

- 397 - den Lehrerberuf attraktiver gestalten
- 398 - Anpassung der Lehrpläne auf die Herausforderungen der globalisierten, digitalen
- 399 und interkulturellen Gesellschaft
- 400 - Erhöhung des Praxisbezuges

401
402 Darüber hinaus wäre dringend darüber nachzudenken, Bildungspolitik zur
403 Bundesangelegenheit zu machen und der Länderkompetenz zu entziehen. Gute Bildung
404 darf weder vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein, noch von der Finanzkraft der
405 jeweiligen Kommune und des jeweiligen Bundeslandes. Nur der Bund kann letztlich
406 einen einheitlichen Standard gewährleisten und die nötigen Finanzmittel für einen
407 solchen „Kraftakt“ stemmen.

408
409 Diesen „Kraftakt“ gemeinsam mit allen „Akteuren“ des Bildungssystems anzugehen, kann
410 die SPD wieder als Vordenkerin und Vorreiterin des gesellschaftlichen Fortschritts
411 profilieren.

412

413

414 **Umgang mit der AfD**

415

416 Die AfD bezieht ihre große Anziehungskraft nach unserer Wahrnehmung zu weiten
417 Teilen aus der Unzufriedenheit vieler Menschen mit der Politik der letzten Großen
418 Koalitionen bzw. der beiden großen Volksparteien. Alle Versuche, die AfD zu ignorieren
419 oder zu diskreditieren, haben bislang wenig oder sogar das Gegenteil des Beabsichtigten
420 bewirkt.

421

422 Das beste Rezept gegen die AfD ist, die Wählerinnen und Wähler wieder ernst zu
423 nehmen, ihnen zuzuhören und daraus eine Politik der klaren Worte und der mutigen und
424 richtigen Entscheidungen zu gestalten.

425

426

427

428

429

430

431

432

433

434

435

436

437

438

439

440

441

442

443

444 Angenommen:

445 Abgelehnt:

446 Überwiesen an:

SPD Duisburg

ANTRAG	K 5
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	Ratsfraktion
BETREFF	Visualisierter Haushalt

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
- 2
- 3 Die Verwaltung wird mit der dauerhaften digitalen Bereitstellung des Haushaltes der Stadt
- 4 Duisburg nach dem Vorbild der Stadt Mainz beauftragt.¹
- 5

6 **Begründung:**

7

8 Mit der dauerhaften digitalen Bereitstellung des aktuellen städtischen Haushaltes sowie der

9 vergangenen Jahre befindet sich die Stadt Duisburg auf einem guten Weg hin zu einer besseren

10 Transparenz. Um nun auch dem „fachfremden“ Bürger einen ansprechenden und verständlichen

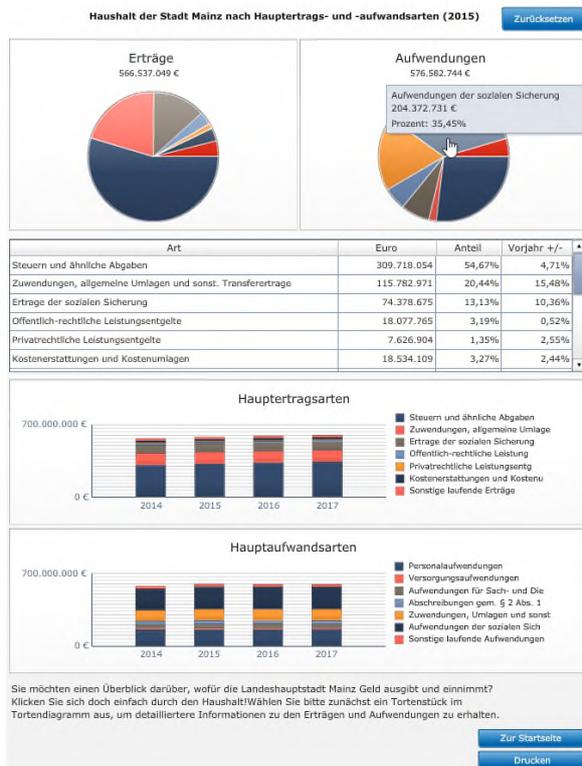
11 Blick in die wichtigsten Positionen des städtischen Haushaltes zu ermöglichen fordern wir die

12 Visualisierung des Haushaltes nach Mainzer Vorbild. Hierzu siehe auch den folgenden

13 Screenshot der Website der Stadt Mainz:

14

Produkt- und Aufwandsdaten 2015



15

16

17 <http://www.mainz.de/verwaltung-und-politik/ob-dezernat/dir-51/ertrags-und-aufwandsarten-2015.php>

18

19 Angenommen:

20 Abgelehnt:

21 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	K 6
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	Ratsfraktion
BETREFF	Quartiersentwicklung Altstadt-Süd anstoßen: Schaffung eines soziokulturellen Zentrums

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
2

3 Die Ratsfraktion setzt sich dafür ein, dass im Bereich der Altstadt-Süd ein
4 soziokulturelles Zentrum eingerichtet wird.
5

6 Begründung:
7

8 Leerstand und ein unterdurchschnittlicher Erhaltungszustand der Immobilien prägen das
9 Stadtbild im Bereich der Altstadt-Süd. Eine neue Quartiersentwicklung „tut Not“. Erste
10 Impulse sind gesetzt.

11 Doch Duisburg kann mehr! Kunst, Kultur und Engagement brauchen Platz. Freies
12 Denken braucht Platz und Raum.

13 Diesen Raum zu schaffen sollte nicht Aufgabe der Privatwirtschaft sein. Auch wird dieser
14 Wirtschaft das Interesse fehlen. Denn hier ist kein Geld zu holen.

15 Daher lasst uns als Stadt diese Aufgabe übernehmen. Der Rahmen ist günstig
16 städtisches Eigentum zu erwerben und ein soziokulturelles Zentrum nach Vorbild des
17 „Unperfekthaus“ in Essen zu schaffen.
18

19 Die Bedingungen sind klar:

- 20 • Frei zugängliche Räume für Jung und Alt und
- 21 • Bühnenpreise weit unter Marktpreis.
- 22 • Einfache Gastronomie mit sozialverträglichen Preisen – sprich
23 unterdurchschnittlichen Preisen.
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

40 Angenommen:

41 Abgelehnt:

42 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	K 7
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	Ratsfraktion
BETREFF	Quartiersentwicklung Altstadt-Süd anstoßen: Schaffung von Wohnraum für Studierende

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
2
3
4

5 Die Ratsfraktion soll mit dem Studierendenwerk Essen-Duisburg AöR in den Dialog
6 treten und für die Entwicklung neuer Studierendenwohnheime in der Altstadt-Süd
7 einsetzen. Darüber hinaus setzt sich die Ratsfraktion für eine entsprechende Entwicklung
8 der Infrastruktur der Nahversorgung im Viertel ein.
9

10 Begründung:
11

12 Lasst uns ein Viertel für unsere Duisburger*innen von Morgen schaffen: Die Wege zur
13 Universität sind kurz, die nicht automobilen Anbindung ist ideal.

14 Warum nicht Wohnraum für unsere Studierenden schaffen?

15 Die Mieten der Privatwirtschaft und der Studierendenwohnheime steigen im Gegensatz
16 zum BAföG stärker an.

17 Mit einer anständigen Argumentation und Förderung schaffen auch die Experten für
18 Studierendenwohnheime - das Studierendenwerk Essen-Duisburg – entsprechend neuen
19 Wohnraum.

20 So können wir weitere Impulse zur Neuentwicklung dieses Viertels anstoßen.
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40

41 Angenommen:

42 Abgelehnt:

43 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	A 15
ANTRAGSTELLER	OV Homberg
ADRESSAT	SPD Bundestagsfraktion
BETREFF	„CSU-Rechtspopulismus entgegenreten!“

1
2 Der UB-Parteitag verwarft sich gegen die verbalen populistischen Attacken der CSU-
3 Spitze gegen Anwaltschaft, Gerichte und andere Stützen der sogenannten „Dritten
4 Staatsgewalt“ und erwartet von der SPD-Bundestagsfraktion, dass sie sich in der
5 Regierungskoalition für die Erhaltung und Stärkung der verfassungsmäßig geschützten
6 Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit einsetzt.

7
8 Begründung:

9
10 Der CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt hat behauptet, in der deutschen
11 Anwaltschaft, und damit logischerweise auch in der Richterschaft, gebe es eine „Anti-
12 Abschiebe-Industrie“, die den Rechtsstaat missbrauche, um ihn durch Anträge und
13 Verfahren systematisch zu überlasten. Weiter behauptet er, 2015 seien die Grenzen
14 Deutschlands überrannt worden, jetzt versuchten „Abschiebe-Saboteure“ das gleiche mit
15 Gerichten.

16
17 Die Bundesrechtsanwaltskammer ist dem mit Schreiben und Presseerklärung zu Recht
18 deutlich entgegengetreten und wirft CSU-Mann Dobrindt letztendlich
19 rechtsstaatfeindliche Propaganda vor.

20
21 Es ist in der Tat festzustellen, dass sich auf diesem Weg die CSU sprachlich und
22 ideologisch der AfD annähert und hemmungslos in deren Gesinnungsgefolgschaft nach
23 Wahlunterstützung fischt. Offenbar sucht die CSU nach Wegfall ihres Propaganda-Fakes
24 einer „Überfremdung durch Flüchtlinge“ aufgrund der täglichen Realität funktionierender
25 Arbeit der zuständigen Behörden und hilfsbereiter Ehrenamtlicher nach neuer
26 Rechtsaußen-Profilierung. Schon dies ist politisch unerträglich.

27
28 Hochproblematisch wird der Vorgang dadurch, dass die CSU im Sprachgebrauch
29 früherer und heutiger Demokratieverächter Institutionen und verfassungsmäßige
30 Prinzipien der Bundesrepublik Deutschland angreift und verächtlich macht, auf die unser
31 Land mit seinem Grundgesetz stolz sein kann.

32
33 Das dürfen wir als Sozialdemokraten nicht hinnehmen, zumal wir als Teil der
34 Regierungskoalition bei Untätigkeit politisch mit verantwortlich gemacht werden könnten.
35 Auch hier gilt: „Wehret den Anfängen“ sprachlich-politischer Entgleisungen!

36
37
38
39 Angenommen:
40 Abgelehnt:
41 Überwiesen an: